

Vortrag an den Ministerrat

Bericht über die Tagung des Rates der EU (Umwelt) am 6. Oktober 2021 in Luxemburg

Am 6. Oktober 2021 fand die erste formelle Ratstagung (Umwelt) unter slowenischem Vorsitz statt. Den Vorsitz führte Andrej Vizjak, Minister für Umwelt und Raumplanung. Die österreichische Delegation wurde von Bundesministerin Leonore Gewessler geleitet. Die Europäische Kommission war durch Exekutiv-Vizepräsident Frans Timmermans und Kommissar Virginijus Sinkevičius vertreten.

Als erster Hauptpunkt wurde über die im November stattfindende Klimakonferenz in Glasgow gesprochen. Die Diskussion zu den Schlussfolgerungen in Vorbereitung der COP 26 der UNFCCC fokussierte sich auf den einzigen offenen Punkt hinsichtlich des gemeinsamen Zeitrahmens für national determinierte Beiträge (NDC) ab 2031, bei denen manche MS sich für eine klare und geeinte Position der EU zu einem 5-jährigen Zeitrahmen aussprachen, andere setzten sich für einen 10-jährigen Zeitrahmen ein. Ein Kompromissvorschlag des VS versucht die beiden divergierenden Positionen in Einklang zu bringen. Der Rat hat die SF anschließend mit der Änderung in Abs. 22 Spiegelstrich 4 zum gemeinsamen Zeitrahmen angenommen und der EU und ihren MS somit ein politisches Rahmenmandat für die kommenden Verhandlungen in Glasgow erteilt. Die SF legen nicht nur die wichtigsten politischen Eckpunkte der Verhandlungsposition der EU und der MS fest, sondern setzen auch ein starkes politisches Signal für verstärkte Klimaambition auf internationaler Ebene. Im Lichte der neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse des Berichts der Arbeitsgruppe I des Weltklimarates (IPCC) zum sechsten Sachstandsbericht, gehen die SF insbesondere auf die Dringlichkeit des Handelns für den globalen Klimaschutz ein und unterstreichen die wichtige Vorreiterrolle der EU. Außerdem setzen die SF, im Einklang mit den SF über Klimafinanzierung des Rates ECOFIN, auch ein internationales Zeichen für verstärkte Klimafinanzierung und die notwendige Kohärenz der globalen Finanzströme mit dem Pariser Übereinkommen.

Es folgte der Meinungs austausch der Minister:innen zum „Fit for 55“ Paket, der entlang der zwei vorgegebenen Fragen des VS verlief. Die EK unterstrich die Ausgewogenheit des Pakets. Die MS begrüßten dieses grundsätzlich und drückten die Unterstützung für die Erreichung des EU-weiten Treibhausgas-Reduktionsziels von mindestens 55 % bis 2030 (gegenüber 1990) aus, zu dem alle MS und alle Sektoren beizutragen haben. Einzelne MS verwiesen auf noch ambitioniertere Ziele. Hinsichtlich der nationalen Ziele im Rahmen der Lastenteilungs-VO betonten MS die ohnehin schon sehr ambitionierten Ziele.

Mehrere MS traten für eine weitere Konvergenz der Zielhöhe unter den MS ein, andere äußerten Bedenken der Vernachlässigung des Aspekts der Kosteneffektivität. Manche MS verwiesen auf die nationalen Startbedingungen und sehen im BIP/Kopf das zentrale Kriterium. Hinsichtlich des Maßnahmenmix gab es ein Pro für die Stärkung des EU-Emissionshandels, andere betonten die Bedeutung der Flexibilität. Zu Synergie- und Anreizfragen aus dem neuen Emissionshandelssystem für Straßenverkehr und Gebäude und dem Klima-Sozialfonds standen Fragen der Umsetzbarkeit und des Zusammenspiels mit dem MFR im Fokus. Einem Interesse an einem EU-weit einheitlichen Ansatz zur CO₂-Bepreisung standen Bedenken hinsichtlich der sozialen Verträglichkeit gegenüber. Der VS wird im Rat Umwelt im Dezember einen Fortschrittsbericht vorlegen.

Im durch zwei Fragen gesteuerten Meinungs austausch zur EU-Waldstrategie begrüßten diese viele MS grundsätzlich und betonten die Rolle der Wälder für die Erreichung der Klima- und Biodiversitätsziele der Union. Es wurde auf die multifunktionale Rolle von Wäldern hingewiesen, kritisiert wurde die mangelnde Berücksichtigung wirtschaftlicher Aspekte. Zu Hinweisen auf das Subsidiaritätsprinzip gesellten sich Hinweise auf die notwendige Berücksichtigung der Kompetenzlage im Bereich Forst-, Umwelt- und Klimapolitik. Manche MS wünschten sich eine ambitioniertere Strategie mit konkreten Maßnahmen, andere fürchten einen zusätzlichen Verwaltungsaufwand durch Beobachtung, Berichterstattung und Datenerhebung zum Thema Wald. Zufrieden war man über den Schutz von verbliebenen Primär- und Altwäldern und die internationale Dimension der Strategie. Der VS verwies auf die Erarbeitung von SF im Rahmen des Rates Landwirtschaft und Fischerei.

Unter TOP Sonstiges informierte die EK über ihren Bericht zur Durchführung der Verordnung über Biozidprodukte. Zum Thema Energie/Energiepreise beklagten einige MS (EL, ES und PL) steigende Energiepreise in Europa, andere schlossen dafür den Green Deal als Ursache ausdrücklich aus. Verwiesen wurde auf die sozialen Folgen der angestiegenen Elektrizitätspreise, die ein Gegensteuern durch kurzfristige Maßnahmen erforderten. Die EK betonte die multiplen Ursachen des Preisanstiegs, wobei Maßnahmen des Grünen

Deals dabei helfen, die Abhängigkeit von Importen von fossilen Energieträgern zu senken. Als kurzfristige Maßnahme könnten MS zeitlich begrenzt Energiesteuern senken. Der VS trat für eine Berücksichtigung sozialer Aspekte eines gerechten Überganges und des geeigneten Maßnahmenmix für Konsument:innen und Unternehmen, die auf CO2-intensive Energieträger angewiesen sind, ein.

Abschließend sprach sich BE für die Notwendigkeit eines koordinierten Vorgehens gegen PFAS aus, während DE über die Konferenz der Minister:innen über Abfälle im Meer und Verschmutzung durch Kunststoffe berichtete.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

5. November 2021

Leonore Gewessler, BA
Bundesministerin